

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis mit den Wochenbeilagen „Kraut der Woche“ u. „Spottvogel“ durch die Post Nr. 2 40 ohne Beleggeld, durch Boten Nr. 2.— frei Haus monatl. Ersch. wöchentlich nachm. Einzelnummer 16 Pfg. Geschäftsstellen: Hültestr. 4 (Hausstelle) u. Gothastr. 38. — Im Falle des Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Lieferung od. Rückvergütung.



Anzeigenpreis für den 6. Sp. 100 Pfg., im Restmetel (3 Sp.) 28 Pfg. für die 1. Zeile u. Nachzahlung 21 Pfg. Anschlag, Familienanzeigen ermäßigt. Erfüllungsort Merseburg, Anzeigen-Nr. 10 Uhr vorm. — Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. — Postfachkonto Leipzig 16 654. Fernspr. 100/101

Nr. 57

Montag, den 9. März 1925

165. Jahrgang

Bauer empfiehlt. — Barmat betrügt. — Grükner denunziert!

Deutschlands Lebensmittel als Ausbeutungsobjekt.

Aus dem preussischen Untersuchungsamt.

Vorsitzender Dr. Leidig eröffnet die Sonnabendung. Es soll die Frage der Verteilung von Einfuhrbescheinigungen für die Getreide der Barmat zur Verhandlung gebracht werden. Für den Montag ist die Bernehmung des Direktors Warmholz von der Arbeitervertreterversammlung geplant. Außerdem sollen die drei Betriebsratsmitglieder der Arbeitervertreterversammlung nochmals gehört werden. Ferner ist am Montag die Bernehmung des Staatssekretärs a. D. v. Müllendorff vorgesehen, und auch Reichsminister a. D. Wauer sowie Herr v. Richter und Abg. Dellmann sollen nochmals vernommen werden.

Dr. Leidig gibt dann ein Schreiben des Auswärtigen Amtes zur Kenntnis des Ausschusses, das sich mit dem damals die Wiener Kaufabteilung beschaffenden Vorkäufen bezüglich der Schieferverteilung an die Getreide Barmat beschäftigt und in dem festgestellt wird, daß der Geschäftsführer a. D. Wauer sich durch die Barmat in der Barmat nach Deutschland erteilt wurden, dem niederholten Erläuterungen um Dauerfristvermerke aber nicht stattgegeben worden ist.

Wegen anderweitiger Inanspruchnahme überläßt Dr. Leidig hierauf den Vorsitz an den Abg. Deereberg (Dnall). Zunächst hört der Ausschuss den Zeugen Direktor Schwon, der leitender Direktor der Reichsfinanzstelle war. Er bekennt: Die Reichsfinanzstelle hat

auf Wunsch des Reichswirtschaftsministers gegen ihren Willen

zwei Mal Geschäfte mit der Mexima machen müssen. Einmal wurde die Sache nicht von mir, sondern von meinen Kollegen Thom und Harms abgeschlossen. Ich weiß aber, daß Julius Barmat sehr energisch bei der Reichsfinanzstelle auftrat, die das Geschäft nicht abschließen wollte. Die Reichsfinanzstelle wandte sich an das Wirtschaftsministerium und bat um dort, das das Geschäft mit Barmat abgeschlossen werden müßte.

es handelte sich dabei um politische Interessen

und um Hilfe der Kreditgewährung. Das Geschäft wurde also abgeschlossen. Barmat lieferte dann an die Mexima 1000 t Getreide. Erst auf Reklamationen hin stellte er einen kleinen Posten in Rotterdam zur Verfügung, d. h. er überreichte in Berlin einen Lieferchein, den die Reichsfinanzstelle an den Rotterdam Filiale mit der Aufforderung schickte, den Speck zu beschlagnahmen und abzunehmen. Dabei stellte sich heraus, daß die auf dem Lieferchein erwähnte Rotterdam-Firma

gar keine Waren für Barmat hatte.

Wir reklamierten dann bei Barmat. Er gab uns einen anderen Lieferchein, der auf eine ganz andere Firma lautete. Nach langer Zeit bekamen wir dann endlich ganze 800 t Getreide von dem vertraglich zu liefernden 1600. Barmat bot dann nochmals 600 t Getreide an den Vertrag an, die aber nicht abgenommen werden konnten, weil die Ware total verrotten war.

Wir wollten, da die Lieferungen anscheinend nicht herauszubekommen waren, den Vertrag annullieren, was auch schließlich gelang.

Auf ausdrücklichen Wunsch des Reichswirtschaftsministers mußte die Reichsfinanzstelle nochmals im Jahre 1920 mit Barmat ein Geschäft abschließen.

Direktor Böhmschewitsch im Auftrage des Wirtschaftsministers Robert Schmidt bei mir. Aus der Unterredung ergab sich meiner Ansicht nach, daß der Minister einen Geschäftsabfall mit Barmat wünschte. Barmats Offerte lag aber um mindestens 20 Prozent über den Preisen, zu denen wir überall kaufen konnten.

Wir wollten außerdem mit Barmat überhaupt nicht zu tun haben, weil wir wußten, daß Barmats Mexima in Holland besteuert und von den Wärfen bereits 1919 ausgeführt war. Jeder holländische Kaufmann, der mit Barmat Geschäfte tätigen wollte, wurde mit 5000 Gulden Strafe bedroht. Barmat konnte also nur aus zweiter oder dritter Hand kaufen.

Robert Schmidt wünscht das Barmat-Geschäft.

Es erschien sodann ein Herr Schaller als Barmats Vertreter bei mir und sagte, in Anbetracht der großen Dienste Barmats bei dem Hafenarbeiterstreik wüßte Minister Schmidt, daß mit ihm das zweite Geschäft abgeschlossen werde. Ich lehnte aber trotzdem ab. Nachdem Schaller weggegangen war, erfolgte ein telefonischer Anruf vom Leiter der Diktatorischen Stelle, Böhmschewitsch. Böhmschewitsch erklärte, es müßten Beweise zur Verfügung gestellt, wie sollen ein zweites Geschäft mit Barmat über 2800 t Getreide abgeschlossen werden.

Diesem Druck mußten wir uns fügen.

Auf Fragen erklärte der Zeuge, daß seines Erachtens Barmat überhaupt keine Sachverständigen für Fleisch zur Verfügung gehabt habe. Die von ihm gelieferten Waren seien „miserabel schlecht“ gewesen. Der Zeuge erklärt, er habe von Harms und Thom gehört, daß Barmat

als feiner ganz Gebrauchs immer gerühmt habe.

Auf eine Frage des Abg. Wauer (Soz.) erwidert der Zeuge, er könne zwar keine konkreten Fälle nennen, es sei aber in Holland bekannt gewesen, daß die Firma Mexima nicht in seiner Weise Geschäft mache. Wir hatten den Eindruck, daß es Barmat nicht so sehr auf die Waren selbst als auf den Gewinn ankomme, mit dem dafür zur Ver-

füllung gestellten Meypen einfach bloße Valuta geschäfte zu machen.

Vorsitzender: Ist außer der direkten Beschwerde Barmats gegen Sie einmal Beschwerde eingereicht worden?

Zeuge: Jawohl, auf Veranlassung der sozialdemokratischen Korrespondenz. (Abg. Bartels (Komm.) ruft: Heilmann.)

Als Zeuge wurde mein damaliger Professor Grükner genannt. Ich sollte die Minister beschimpfen haben. Ich konnte dem Minister Schmidt gegenüber diese Beschwerde als Nachsatz und Intrige erweisen. Da Herr Grükner außerdem noch Verträge hatte verschwinden lassen, die ich erst mit Hilfe des Gerichts wiederbekam, wurde er entlassen. Er ist dann Regierungspräsident in Düsseldorf und jetzt in Merseburg geworden. Untersuchungen war die Beschwerde nicht mit einem Namen, sondern nur mit „Sozialistische Korrespondenz“.

Abg. Kuttner (Soz.): Haben Sie einen positiven Anhalt dafür, daß die Beschwerde von Grükner verfaßt oder inspiriert worden ist?

Zeuge Schwon: Diese internen Mitteilungen kann ich so entstellter Form nur Grükner aus dem Betriebe herausgetragen haben.

Hierauf tritt eine einstündige Mittagspause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen werden sich der Ausschuss der Befragung des Kaufmanns Direktor Meher-Hamburg zu, der vom April 1919 bis Oktober 1923 Leiter der Einbußgesellschaft für Getreide und Futtermittel war. Diese Gesellschaft hatte bestimmte, vertraglich festgelegte Verbindungen mit der Reichsfinanzstelle für Getreide und Futtermittel.

Auf Befragen bekennt der Zeuge: Ich bin im Juni oder Juli eines Tages telefonisch durch den Vorsitzenden des diktatorischen Ausschusses, Böhmschewitsch, angerufen worden, der mir mitteilte, daß

auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministers Schmidt

ein Herr mich auffuchen würde, der außerordentlich günstige Angebote von Lebensmitteln aus Holland unterbreiten wollte. Ich wollte diesen Herrn nicht gern empfangen, weil wir ja schon gute Verbindungen hatten. Es wurde mir aber gesagt, man lege im Ministerium Wert darauf. Ende Juni 1919 erschien dann der Herr, es war Julius Barmat, bei mir.

Mein Eindruck von Barmat war außerordentlich schlecht, darauf, daß ich in meiner privatwirtschaftlichen Tätigkeit mit ihm nicht gearbeitet hätte. Barmat machte mir nun verschiedene Angebote in Süßfrüchten, die ich in Weizen aber wesentlich höher lagen als andere. Ich machte dann dem Reichswirtschaftsministerium in einem Bericht von dieser Angelegenheit Mitteilung und fügte hinzu, daß wir anderwärts billiger kaufen und familiäre Angebote uns keine Gelegenheit geboten hätten, der Reichsgetreidestelle einen Kauf bei Barmat zu empfehlen.

Zur Illustrierung meiner Auffassung über Barmat will ich noch mitteilen, daß ich vor seinem Besuche zu meinem Protokuranten sagte: Machen Sie den Geschäftsvorgang zu (heute).

Veranlaßt wurde ich zu einer äußerst vorsichtigen Haltung Barmat gegenüber dadurch, daß ich sehr eindeutige Mitteilungen über die Art seiner Geschäftsführung von der Reichsfinanzstelle und Reichsgetreidestelle erhalten hatte. Ich hatte dann noch einmal einen Besuch von Barmat, der aber sehr wenig freundschaftlich endete. Barmat sagte mir: Ich weiß ja, Herr Meher, Sie haben ganz bestimmte Gruppen, die Sie bevorzugen und dagegen kann man nicht an. Wenn das auch ein einmal in den Zeitungen stehen würde? Ich antwortete darauf: Sie können auch von mir veröffentlichen, daß ich Ihnen lieber den Brief gehalten habe. Glauben Sie aber nicht, daß Sie sich durch Ihre Versicherungen den Weg zu mir absperrten können.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Tageschronik.

Am Eisenbahnerfest sind keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen.

In einer Versammlung in Rattowitz richtete Korfanth (Soz.) Angriffe gegen England wegen seiner Haltung in der Sicherheitsfrage.

Der österreichische Finanzminister wird noch in diesem Monat zu Verhandlungen über die österreichischen Finanzverhältnisse nach London gehen.

Während seines Pariser Aufenthaltes hat Chamberlain mit dem französischen Finanzminister eine Unterredung über das internationale Schuldenproblem gehabt.

Die englische Presse will wissen, daß Herrit die politischen Klänge an Einbeziehung in den Sicherheitspass ziemlich kühl abgelehnt hat.

Am „Lautobien“ stellt Wandervorteil den deutschen Charakter von Eupen und Malmedy fest.

Die ausländischen Kurden haben die Offensive gegen die Türken wieder aufgenommen.

Jagellos Geist.

Mit politischen Streitfragen ist es wie mit Sturmwellen. Die Erörterung des Sicherheitsproblems und des deutschen Vorklages ist in den letzten Tagen nicht auf Westeuropas Beschränkung geblieben. Ihre Einwirkung greift weit hinüber nach Asien und sogar in Europa das Wort Köln fällt, Sri Lanka und fernem Osten von Singapur. Um aber auf dem europäischen Kontinent zu bleiben: der Zufall hat es gewollt, daß am Sonnabend, also gerade am Tage der Behandlung der politischen Sicherheitsfrage in Paris, im schwedischen Parlament die Debatte über die Abklärung zu Ende ging. So sehr nun im Lande Brantings für die Herabsetzung der Heeresstärke Propaganda gemacht worden ist, diesmal konnten sich auch sonst ruhige Gemüter nicht mit der Bedrohung des europäischen Friedens durch die Unhaltbarkeit der Versailles Grenzfestsetzung zur weitestläufigen Diskussion verhalten lassen. Was für Schweden sonst im Vordergrund steht — die russische Gefahr —, verdrängt hinter den Befürchtungen, der Versailles Vertrag werde sich allmählich doch zu einem Euxine neuen Kriegsursache umgestalten. Die nordische Unzufriedenheit mit den mitteleuropäischen Streitfragen ist also ebenfalls keine Garantie des Friedens mehr.

Was ist das zusammenhängend, beherrscht ein Blick auf das Was ist, wo der Geist des länderübergreifenden Jagellos aus den Kreisen der politischen Berufsleute nicht nur in der Presse, rechts wie links, mit Kriegspfeilern umrot. Auch der friedliche Herr Strzyński und seine Kameraden vermögen sich nicht der Nachfolgschaft des Geistes zu verweigern. Sein Vermächtnis ist die Ausdehnung der polnischen Grenzen von einem Meer zum anderen, ist, in die Diplomatenprache der Neuzeit übertragen, die Befestigung Danzigs, der Raub Memels, die Befestigung der Weichsel, die Festigung des Okkupationsrechts in Oberschlesien, die Aufteilung Ostpreußens zwischen Polen und Litauen, die Befestigung des Balkans und der Donau sowie des Schwarzen Meeres. Wenn auch polnische Militärorganisationen in Graudenz an die Befestigung des Memelgebietes durch die Litauer erinnern und ein gleiches Verlangen für Danzig und anderes deutsches Gebiet fordern, so stehen den Warschauer Expansionsplänen heute doch noch große Hindernisse im Weg. In der Erkenntnis dieser Hindernisse, die womöglich beim ersten leichten Versuch, sie zu überwinden, ein Zusammenstoß mit den greifbaren Räder rücken würden, rebusziert man in Warschau den öffentlichen Geist Jagellos auf die Defensive: die Weibehaltung des Versailles status quo ist für Polen im Augenblick, entgegen jedem gerechten Empfinden, Ursache, sich mit der Gewerbe des traditionellen Größenwahns einmal in die europäische, damit aber auch in die Weltpolitik einzumischen. Herr Strzyński soll in Paris den englischen Außenminister nicht einmal begrüßt und soll sich auf dem Weg nach Genf mit der Absicht gemacht haben, dort die polnische Sicherheit mit dem Genf Protokoll in Verbindung zu bringen. Alles das im Bewußtsein, daß England die Genfer Tagung eigentlich nur zu dem Zweck befehlt, um das Protokoll zu erledigen, d. h. an seiner Verwirklichung zu hindern. Keineswegs aber bedeutet das, daß die polnische Republik auf die Jagellosen Traditionen verzichtet. Gerade in den letzten Wochen wieder hat die Warschauer Regierung Vertreter (sowohl des Großfürsten Nicolaï Mikolajewitsch als auch des in Gdansk residierenden Spryll, in letzterem Falle allerdings auf dem Wege über Paris, als auch Vertreter der Sozialregierung mit ungenüchlichen Hochbezeugungen empfangen. Jedemal ist dabei von der Festigung der slavischen Freundschaft gesprochen worden, mit der Stütze gegen Deutschland. Es läuft also darauf hinaus, daß Strzyński in Paris und Genf im Namen der Unten für die Erhaltung des Friedens auf dem Wege der Weibehaltung der Versailles Grenzsetzung agitiert, in Polen selbst aber in der gleichen Zeit der Geist Jagellos mit Macht wieder herausbeschworen wird. Wenn diese Einsicht der europäischen Kriegsursachen heute folglich ebenso die stillen Gewässer Genes wie den Sonnenraum des Pacific aufstört, so haben wir Deutsche jeden Grund zu doppelter und dreifacher Voricht hinsichtlich jeder Art von Garantiepapeten.

Die Einigung der Rechtsparteien.

Am 8. März. Bei seiner Rede auf dem hier abgehaltenen rheinischen Parteitag der Deutschen Nationalen Volkspartei erklärte Dr. Hergt, daß die Nachricht über eine Einigung der Rechtsparteien hinsichtlich der Nominierung eines Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl den Tatsachen voraus alle. Bisher habe sich die Bayerische Volkspartei, auf deren Nominierung man großen Wert lege, noch nicht entschieden, so daß eine Entscheidung noch bis Mitte der nächsten Woche auf sich warten lassen werde.

Braun — sozialdemokratischer Kandidat.

Berlin, 7. März. Der Parteiausführer der Sozialdemokratischen Partei beschloß einstimmig die Auffassung des früheren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl. Otto Braun erklärte sich zur Annahme der Kandidatur bereit.

Zwei Diktienkarten.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

Zeuge Meyer fortführend:

Im September 1919 wurden mit eines Tages zwei Diktienkarten herbeigeführt. Auf der einen Karte, Gustav Bauer, Reichsminister a. D., auf der anderen, Julius Barmat. Die Herren wollten mich sprechen. Sie trugte zunächst Herrn Bauer, warum er sich in dieser Angelegenheit bemüht hätte. Er sagte mir: Herr Meyer, Sie sind die einzige Person, die trotz aller Bemühungen bis jetzt nicht — auf Geschäftsbesitzer eingegangen ist. Und da ich mit Barmat persönlich befreundet bin, lag mir daran, ihn noch einmal zu empfangen.

Ich erwiderte: Für mich gibt es nur keine sachliche Worte, und die Angelegenheit des Herrn Barmat lassen bei mir den ganz bestimmten Eindruck zurück, daß es nicht möglich sei, mit ihm zu handeln. Ich habe außerdem nicht den Wunsch dazu. Herr Barmat sagte mir darauf: Sie scheinen den Eindruck zu haben, daß ich hinter den Angriffen gegen Herrn Meyer stehe. Minister Meyers war damals meine vorgesehene Stelle. Ich sagte: Diesen Eindruck habe ich allerdings. Barmat versuchte mich das auszureiben. Dann hat man das Rechen aufgegeben, und ich habe Herrn Barmat nicht wieder gesehen.

Auf verschiedene Fragen aus der Mitte des Ausschusses heraus befindet der Zeuge, daß es sich bei den

Angriffen gegen Minister Meyers

feinerteit die seine Geschäftsführung behandelt habe. Meyers wollte die Amtsgeschäfte auflösen und den freien Handel wieder einführen. Die Angriffe erfolgten besonders von sozialistischer Seite. Daß Barmat hinter den Angriffen gegen Meyers stand, glaube ich dabei, weil ich Herrn Barmat sehr häufig im Bekannten gesehen habe und weil Barmat selbst mir ein Brief Mitteilung gemacht hatte, daß solche Angriffe sich ereignen würden. (Bewegung.)

Es wird darauf in die

Bernehmung des früheren Reichsernährungsministers Meyers

eingetreten. Er sagt aus: Bauer kam eines Tages zu mir ins Ernährungsministerium und bat mich, Barmat zu empfangen. Ich habe diesem Wunsche des Ministers Bauer Rechnung getragen und Barmat empfangen. Er hat mir über seine frühere Tätigkeit Mitteilung gemacht. Ich habe ihn an die zuständigen Instanzen, an die einzelnen Stellen der Verwaltung.

Das Ergebnis der Prüfung der von Barmat gemachten Angebote war negativ.

Im übrigen erklärt Zeuge Meyers, daß er selbst niemals den Eindruck gehabt habe, daß hinter den Angriffen gegen ihn Barmat stehe. Er selbst habe jedoch Barmat gegenüber immer Zurückhaltung wahren lassen.

Abg. Deerbürg: Können Sie zur Begründung dieser Zurückhaltung Tatsachen angeben?

Der Zeuge: Barmat war mir einmal zu impulsiv, dann konnte ich auch von der Reichsstelle nicht, daß er keinen Kontakt mit dieser Gesellschaft nicht fortsetzt hätte, und außerdem hat die Reichsstelle über Barmat eingeholt, die

Durchsuchung nicht günstig

lauteten. Bei den Differenzen mit der Reichsstelle handelte es sich um eine Differenz von Kontoständen. Damit ist die Bernehmung des Zeugen Meyers beendet, und der Ausschuss hört nunmehr den Zeugen Major a. D. und Kaufmann Hofmann. Der Zeuge war von Anfang 1920 bis Mitte 1922 Leiter des Zentralsekretariats der Reichsstelle, das zur Unterleitung der Direktion eingerichtet war.

Auf Wunsch des Vorliegenden schildert der Zeuge den

Verlauf der Geschichte der Reichsstelle mit Barmat.

Schon in dem Vortrage, bei dem es sich um 500.000 Mark handelte, war ins Vertrag eine ganz bestimmte Klausel enthalten. Als die Kurse für Barmat ungunstig wurden, konnte er plötzlich nicht mehr liefern, und das Geschäft wurde annulliert. Schon dieser Fall hat in

Zachrischen damals großes Aufsehen erregt.

Vorl.: Waren denn damals nicht überhaupt Valutageschäfte üblich? Zeuge: Nein, es wurde immer der Kurs des Wechselkurses berechnet. In seiner besonderen Art fand der Barmatvertrag in der Geschichte eine ganz bestimmte Stelle.

Barmat bediente sich bei der Abwicklung der Geschäfte sogenannter Viecherkassen, die sich aber später als solche nicht erwiesen. Auf Grund dieser Viecherkassen bekam er Geld. Er lieferte aber zunächst die Waren nicht, sondern erst geraume Zeit später.

Ueber die Angelegenheit des Kontostandensdifferenzes ist ein eingehender Bericht von dem damaligen Direktor Thiemer in Hamburg gemacht worden, in dem alle Details der ganzen Sache zu finden sind.

Vorl.: Ledig: Direktor Thiemer hat uns heute gesprochen, er wüßte von nichts. Zeuge Hofmann: Das ist ausgeschlossen. In seiner

Ein Betrugsvorfall Barmats.

Zeuge Regierungsrat Meyer: Im Juni 1919 haben die Geschäftsverbindungen mit Barmat. Direktor Bösch hat mit Barmat bei der Reichsstelle verhandelt und empfunden. Barmat erschien später einmal in Begleitung des damaligen Reichsernährungsministers Meyer im Ernährungsministerium und beschränkte sich selbst darüber. Das seit einiger Zeit die Reichsstelle ihn von Geschäften und Lieferungen offenbar systematisch ausschloß. Das letztere war richtig, und wir hatten bestimmte Gründe dazu. Auf Grund dieser Beschlüsse wurden zwei Herren von uns herangezogen.

Diese begaben sich in das Reichsernährungsministerium und haben in Gegenwart von Barmat und Bauer in aller Öffentlichkeit die Gründe der Reichsstelle vorgetragen, die gegen eine Verbindung mit Barmat sprachen.

Es hat damals wie dem Zeugen erzählt wurde, eine sehr erregte Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Beteiligten gegeben und die Folge war, daß von Staatssekretär Bauer ein ausführlicher Bericht über die Angelegenheit hergestellt wurde. Der Bericht wurde dem Reichsminister Meyers und die Erfahrungen mit der Regierung. In Bezug dieser Beschlüsse Barmats haben dann noch weitere Verhandlungen stattgefunden.

Die Verhandlungen wendeten sich dem Kontostandensdifferenz Barmats mit der Reichsstelle zu, das ja schließlich zum Abbruch der geschäftlichen Beziehungen mit Barmat führte. Auf Betragen des Zeugen Meyer: Barmat: Betragsgesetz sollte Barmat einen ganz hohen Betrag dem Reichsminister Meyer und zwar besonders große Dosen, die nicht, wie üblich, 14, sondern 16 Unzen wogen.

Tatsächlich lieferte er zwar Dosen mit dem Aufdruck 16 Unzen, die jedoch nur 14 Unzen wogen hatten. Der Ausschuss, die die Dosen besahen, hatte er ausdrücklich gesagt, würden Sie nur 16 Unzen darauf, daß ich so verbürge.

Der „Druck von oben“

Diese Angaben Barmats waren wahrheitswidrig. In die gleiche Zeit fällt die Trennung des Reichsernährungsministeriums vom Reichsjustizministerium. Meyers wurde Reichsernährungsminister. Damals hörte der „Druck von oben“ auf, und die Reichsstelle stellte ihre geschäftlichen Beziehungen zu Barmat ein.

Auf weitere Fragen der Ausschussmitglieder erklärt der Zeuge noch: Berichtigte Berichtigungen, wie sie die Anmerkung enthält, sind der Reichsstelle gegenüber keiner anderen Firma zuteil geworden.

Von uns aus hätten wir mit der Regierung nie so erhebliche Geschäfte abgeschlossen, die in ihrer Höhe nicht einmal mit einer deutschen Firma getätigt wurden. Damit schließen die Verhandlungen.

Weiterverhandlung: Montag, vorm. 10 Uhr.

Die Berliner Verhandlungen ergebnislos verlaufen.

Die am Sonnabend in Berlin zwischen der deutschen Reichsbahn und dem Deutschen Eisenbahnerverband geführten Verhandlungen sind nach fünftägiger Dauer ergebnislos verlaufen. Generaldirektor Geiser führte gewichtige Gründe ins Feld, die es der Reichsbahnverwaltung im Augenblick unmöglich machen, die Forderungen der Zeitschriftenrat referlos zu bewilligen. Welche Stellungnahme nunmehr die Eisenbahner auf Grund dieses negativen Verhandlungsergebnisses nehmen werden, steht zur Stunde noch nicht fest.

Die Streikleitung will den Kampf verschärfen.

Die Landeszentralstreikleitung hatte am Sonntagvormittag die streikenden Eisenbahner Tagelöhne in einer großen Anzahl von Orten zu geschlossenen Versammlungen zusammenberufen, um zur Angelegenheit zu nehmen und den Streit selber zu organisieren. Am Sonntagabend wurden die streikenden Eisenbahner in Dresden versammelt. Die Streikleitung hatte der sozialdemokratischen Kampftagsgeordnete Wirth die Verhandlung übernommen. Er ging auf das Scheitern der Sonnabendverhandlungen in Berlin und auf die Forderungen der Eisenbahner ein und bemerkte am Schluß, es werde ein harter Kampf werden, aber da das Recht auf der Seite der Streikenden liege, werde die Bewegung mit großer Entschlossenheit und mit aller zu Gebote stehenden Energie geführt.

Der Reichssekretär für Dresden erklärte, daß die Landeszentralstreikleitung den Kampf nunmehr verschärfen werde, obwohl bereits feststeht, daß der gesamte

Aus dem Reichstage.

31. Sitzung, Sonnabend, den 7. März.

Am Regierungsrat Reichsverkehrsminister Dr. Arnold. Präsident Lohde eröffnet die Sitzung 1.30 Uhr. Zur Beratung gestellt wird der demokratische Antrag, die Reichsregierung zu erlösen, den

Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes, der gemäß der von der Reichsregierung in der Vollziehung am 3. Februar 1925 abgegebenen Erklärung (Protokoll) binnen drei Wochen vorliegen sollte, nunmehr unzulässig die geltenden Bestimmungen anzuwenden. Der Antrag wird dem Antrag Müller-Krause, die dritte Steuerordnung unterbreitung mit dem 31. März ab. Is. aufzugeben.

Abg. Freiber v. Richtigstein (Dem.) betont die Notwendigkeit, in der Aufwertungsfrage endlich Verabredung zu schaffen und zu einer Entscheidung zu kommen. Abg. Keil (Soz.) begründet seinen Antrag und fordert sofortige Aufhebung der 3. Steuerordnung.

Reichsjustizminister Dr. Prenter

gibt die Erklärung ab, daß die Reichsregierung außerordentlich bedauere, daß sie ihre Aufgabe, das Aufwertungs-gesetz innerhalb drei Wochen vorzuliegen, nicht habe einhalten können. Wegen der ungewöhnlich großen wirtschaftlichen und rechtspolitischen Bedeutung halte die Regierung aber für verpflichtet, dem Gesetzentwurf erst vorzuliegen, nachdem sie die Gewissheit habe, daß er in seinen Grundzügen eine Mehrheit im Reichstage hinter sich habe. Zu dem sozialdemokratischen Antrag könne die Regierung nur abschlagend erklären, daß die Aufhebung der 3. Steuerordnung zu einem Chaos auf dem Gebiet der Reichsjustiz und der Wirtschaft führen müsse, für das sie die Verantwortung nicht übernehmen könne.

Abg. Hergt (Dem.) erkennt es als durchaus nötig an, daß die Aufwertungsfrage weitergetrieben werden muß. Die Erklärungen des Reichsjustizministers hätten nicht vollkommen befriedigt. Genuß müßten Verhandlungen stattfinden, aber sie würden rascher vorwärts gehen, wenn sie im Sinne der demokratischen Reichsjustiz verliefen. Die Reichsnationalen hätten früher den Standpunkt vertreten, daß die Aufwertungsfrage durch Anträge aus dem Hause gelöst werden könne. Im Ausschuss wurde daher eifrig gearbeitet. Zunächst waren

die Sozialdemokraten (siehe Gegner der Aufwertung, (S. 107, 108) redete). Sie haben sich erst im Laufe der Zeit zu geradezu fanatischen Aufwertungsfeinden entwickelt, nachdem sie sich vielfach überlebt haben, daß dabei etwas für die Sozialdemokraten herauskommen könne. Nachdem die grundsätzliche Einigung im Ausschuss erfolgt war, mußte die Arbeit der Parlamentarier einsetzen und die Tätigkeit der Regierung beginnen. Der Redner richtet dann an die Regierung die Mahnung, alles zu vermeiden, was im Lande falsch aufgefaßt werden könne. Die Regierung habe zweifellos den besten Willen, und habe sich redlich bemüht, aber sie habe Möglichkeiten (siehe S. 107) nicht gefunden, die notwendig sind. Es befehle der Eindruck im Lande, als ob

im Kabinett eine zu kurze reformfähige Auffassung bestesse. Das deutsche Volk habe Anspruch darauf, daß nicht der Eindruck entsteht, als ob nur ein Teil des Volkes bei der Aufwertung berücksichtigt werden solle. Der Redner bittet, die Aufwertungsfrage nun rasch zu fördern. Wer genau und langsam gebe, der geht doppelt so weit. Das bisherige Reichsrecht leide an Fehlern, die in ihrer verhängnisvollen Wirkung in der jetzigen Aufwertungsstrife zum drastischen Ausdruck kommen. Die Aufhebung der dritten Steuerordnung würde größte Verwirrung bringen.

Abg. Dr. W. Dr. (Soz.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der er beantragt, daß die Regierung die Zeit nicht einhalten konnte, und in der die unverzügliche Vorlegung des Aufwertungsgegenstandes gefordert wird. Der Aufwertungsgegenstand müsse von sich aus die Initiative zur Lösung ergreifen. Eine Aufhebung der dritten Steuerordnung würde das Chaos bringen, und das liege aus demselben Grund, aus dem auch die Aufhebung der 3. Steuerordnung ein Chaos bringen würde. Der sozialdemokratische Antrag, der in der Aufwertungsfrage einen anderen Standpunkt entnommen sei, sei aus sehr

sachliche Güterverehrung sich in einer fast nicht mehr zu neigenden Überzeugung befinde. Er behaupte in der Rede, daß die Welt in Gefahr und Breslau, sowie in Sachsen der Güterverehrung stillgelegt sei. Nach Schluß der Verhandlungen befinde ich Atomkraft noch, die Bewegung für seine Zwecke einzufangen, es würde ihm aber die weitere Rede verweigert.

Dr. Amos Felnerbetreuer Reichspräsident!

Wie die „Telegraphen-Union“ aus parlamentarischen Kreisen erklärt, beabsichtigen verschiedene Parteien des Reichstages, am Montag bei der Beratung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichspräsidenten, die Ernennung des Präsidenten des Reichsgerichts, des früheren Außenministers Dr. Amos Felner, zum stellvertretenden Reichspräsidenten vorzuschlagen. Die Wahl des stellvertretenden Reichspräsidenten ist im Reichstagspräsidenten mit dem Reichspräsidenten zu beauftragen, ist aufgegeben worden, weil sich daraus für die Geschäftsführung des Reichstages zu große Schwierigkeiten ergeben würden.

Nach unserm Dafürhalten wäre ein besonderes Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten überhaupt nicht nötig. Da die Wahl des neuen Reichspräsidenten zu einem bestimmbaren Termin angelegt ist, so ist im übrigen Handelt es sich freilich nicht um eine Frage von besonderer politischer Tragweite.

Die Zusammenkunft Chamberlains mit Herriot.

Das einzige greifbare Ergebnis.

Paris, 9. März. Die Blätter kommen heute früh zum Teil ausführlich auf die Besprechungen zwischen Chamberlain und Herriot zurück. Die Frage, in der nach übereinstimmender Information der französischen und englischen Presse eine größere Verständigung zwischen beiden Ministern erzielt wurde, ist die vorbestimmte und bedingungslosige Annahme der französischen in den Vorkriegsstand, von der die weitere Festlegung des deutschen Einigungsantrages abhänge. Chamberlain seien die in politischen Kreisen bis zu einem gewissen Grade gefestigt. Allgemein wird angenommen, daß über den Eintritt Chamberlains in den Vorkriegsstand 5-6 Monate verstrichen werden. In der Wissenschaft bezogt sich die französische Regierung vor, die Erfüllung ihrer weiteren Voraussetzungen für ihre Zustimmung zu dem geplanten Einigungsantrag abzuwarten. Die Verhandlungen zwischen den Generalstaaten Englands, Frankreichs und Belgiens.

2. Erneuerung und Fortsetzung des Bündnisvertrages mit den Staaten der kleinen Entente.

durchsichtigen Gründen gestellt und könne nur als Scharf ausgefaßt werden. Die Aufwertungsfrage könne nur sachlich gelöst werden und dürfe in den Wahlkampf um den Reichspräsidenten unter keinen Umständen gerückt werden. Die deutsche Reichspartei werde an ihren Aufwertungsforderungen festhalten.

Abg. Höflein (Komm.) wirbt den Parteien vor, daß sie aus der Aufwertungsfrage lediglich demagogisches Kapital für den Wahlkampf schlagen wollten. Zwischen den Reichsnationalen und den Sozialdemokraten bestöhe gar kein Unterschied mehr.

Abg. Dr. J. Riffen (Wirtsch.) vernimmt von der Regierung eine präzise Angabe über die Einbringung des Aufwertungs-gesetzes. Das die Finanzausgleich müsse die Aufwertungsfrage gelöst werden.

Abg. Dr. Emminger (Wap.) nimmt dem demokratischen Antrag zu. Hunderttausende und Millionen Rentner und Sparers seien in der Aufwertungsfrage aufs schwerste enttäuscht worden. Der Redner tritt für die individuelle Lösung der Aufwertungsfrage ein.

Abg. Dr. Vest (Nat.) weist darauf hin, daß es in der hundertjährigen Geschichte des Reiches nie, niemals nach dem Reichstag zu bemessen. Die Steuerordnung habe eine unannehmerliche Entwertung des Geldes herbeigeführt. Der Redner geht dann näher auf seinen, dem Reichstage vorliegenden Entwurf ein. Die Einwendungen der Großkapitalisten und der Wirtschaftsverbände gegen die prozentuale Aufwertung seien nicht stichhaltig. Der Wert der Goldbilanzen liege sehr zweifelhaft. Die für Amerika bestimmten Anleiheprospekte der Großindustrie zeigten weitestgehende Abhängigkeit von den Goldbilanzen. Die 10. B. 200 Millionen an, während in der Goldbilanz dafür nur 14,75 Millionen seien. Die dritte Steuerordnung müsse im Interesse der Gerechtigkeit fallen.

Abg. Seifert (Wirtsch.) begründet den sozialdemokratischen Vorschlag und erklärt, er hätte schon den gleichen Antrag eingebracht, da man die großen Parteifaktoren endlich einmal zwingen müsse, Farbe zu bekennen. Er beantragt, die Aufwertungsfrage in einem solchen Prospekt ihren Maschinenbesitzern abzufragen, ob sie sich nicht weiter vorwärts bewegen könnten. Werde der sozialdemokratische Antrag nicht angenommen, so komme die Aufwertungsfrage in diesen Monaten keinen Schritt vorwärts.

Abg. Freiber v. Richtigstein (Dem.) nimmt den Reichsbahnpräsidenten gegen Angriffe in Schutz und fordert, daß die Aufwertungsgegenstände in den allerersten Tagen vorgelegt werden.

Damit schließt die Aussprache. Der demokratische Antrag auf unverzügliche Vorlegung des Aufwertungs-gesetzes wird einstimmig angenommen, der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der dritten Steuerordnung dem Ausschuss überwiesen.

Das Haus legt nunmehr die zweite Beratung des Haushalts des Reichstages an. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichstages wird am Montag fortgesetzt. Der Ausschuss wird von der Regierung erklärt, daß der Bau von Kleinbahnen im wesentlichen Sache der Länder sei.

Der Antrag des Ausschusses, für den Kleinbahnbau 10 Millionen Mark einzusetzen, wird darauf angenommen. Zur Prüfung der Zuständigkeiten zwischen Reichsregierung, Reichstag und Reichsbahngesellschaft einen abgrenzenden Ausschuss einzusetzen. Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Fahrpreiserhöhungen für Jugendwanderungen wird dem Verkehrsministerium überwiesen.

Damit ist die zweite Beratung des Haushalts des Reichstages beendet und es ist ledig.

Das Haus vertagt sich.

Montag 2 Uhr: Beschlusssitzung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten, Stellvertretung des Reichspräsidenten, Übernahme der Kosten für die Belegung des Reichspräsidenten, Unterbringungsausgleich für das Bittenerger Gefängnis, Unterbringungsausgleich für das Bittenerger Gefängnis, Unterbringungsausgleich für das Bittenerger Gefängnis.

Der Ausschuss wird von der Regierung erklärt, daß der Bau von Kleinbahnen im wesentlichen Sache der Länder sei. Der Antrag des Ausschusses, für den Kleinbahnbau 10 Millionen Mark einzusetzen, wird darauf angenommen. Zur Prüfung der Zuständigkeiten zwischen Reichsregierung, Reichstag und Reichsbahngesellschaft einen abgrenzenden Ausschuss einzusetzen. Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Fahrpreiserhöhungen für Jugendwanderungen wird dem Verkehrsministerium überwiesen.

Damit ist die zweite Beratung des Haushalts des Reichstages beendet und es ist ledig.

Das Haus vertagt sich.

Montag 2 Uhr: Beschlusssitzung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten, Stellvertretung des Reichspräsidenten, Übernahme der Kosten für die Belegung des Reichspräsidenten, Unterbringungsausgleich für das Bittenerger Gefängnis, Unterbringungsausgleich für das Bittenerger Gefängnis, Unterbringungsausgleich für das Bittenerger Gefängnis.

Der Ausschuss wird von der Regierung erklärt, daß der Bau von Kleinbahnen im wesentlichen Sache der Länder sei. Der Antrag des Ausschusses, für den Kleinbahnbau 10 Millionen Mark einzusetzen, wird darauf angenommen. Zur Prüfung der Zuständigkeiten zwischen Reichsregierung, Reichstag und Reichsbahngesellschaft einen abgrenzenden Ausschuss einzusetzen. Der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Fahrpreiserhöhungen für Jugendwanderungen wird dem Verkehrsministerium überwiesen.

